

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

DIE WOHLSTANDSVERNICHTERIN

Eine Bilanz der Ära Merkel.

[Matthias Müller]

Ende dieses Monats wird der deutsche Wähler erneut zur Abgabe seiner Stimme gebeten. Noch immer schwebt das Damoklesschwert einer erneuten Amtszeit Merkels über uns, denn trotz ihrer Ankündigungen, den Sessel endlich zu räumen, hat sie es verstanden durch bewusst schwammige Formulierungen ein gewisses Restrisiko im Spiel zu halten. Wir haben es noch nicht hinter uns, das Fiasko eines 16jährigen Vernichtungsfeldzuges gegen die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften einer einst vorbildlich aufgestellten Bundesrepublik. Während die journalistischen Stiefellecker der Konzernmedien die Regentschaft des ewigen Hosenanzugs verklären, wollen wir uns an einer tatsächlichen Bilanz versuchen und dabei ganz besonders einen Bereich analysieren, von dem die Mehrzahl der Deutschen betroffen ist. Wir konzentrieren uns hier auf das größte Tabu, also den Bereich, zu dem es in Beziehung zu Merkel und zur EU so gut wie keine systemische öffentliche Kritik gibt: Die Arbeitsverhältnisse – auch weil sie ein wesentlicher Treiber für rechte Protestwähler sind.

Die 1998 gebildete Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder/SPD und Vizekanzler Josef Fischer/Grüne hatte mit ihrer Agenda 2010 zwei wesentliche Programme: Die „Entflechtung der Deutschland AG“, also der erleichterte Kauf deutscher Unternehmen durch ausländische – vorrangig US-amerikanische – Finanzakteure, die Verbilligung und Entrechtung der abhängigen Arbeit, also die vier Hartz-Gesetze mit befristeter, Teilzeit- und Leiharbeit sowie der Disziplinierung der Arbeitslosen.

Diese beiden Elemente der Agenda 2010 bildeten eine logische Einheit: Kapitalinvestoren stärken, abhängig Beschäftigte schwächen. Dabei bleibt bis heute unterbelichtet, dass die damalige Opposition im Bundestag aus CDU, CSU und FDP der Agenda 2010 freudig zustimmte, einerseits. Und dass andererseits ab 2005 unter der Dauerkanzlerin Angela Merkel/CDU die Agenda 2010 nicht nur fortgeführt, sondern menschenrechtswidrig weiter verschärft und durch die Corona-Politik noch beschleunigt wurde.

„Wir haben den größten Niedriglohnsektor in der EU geschaffen“, so rühmte sich Schröder nach seiner Amtszeit – ganz so, als sei es eine Glanzleistung, Arbeit systematisch zu entwerten. Aber unter Merkel wurde der deutsche Niedriglohnsektor noch viel größer, durch neue Formen prekärer Arbeitsverhältnisse und auch durch Millionen befristeter, halblegaler und auch illegaler Migrantinnen und Migranten.

Die Regierungskunst mit der Politikdarstellerin und christlich lackierten Betschwester Merkel („Uns geht es allen gut“) bestand auch darin, diese Verschärfung und Ausweitung fast unsichtbar bleiben zu lassen. Schröder rühmte sich des größten Niedriglohnsektors, Merkel machte ihn noch größer – still, leise und effektiv.

DIE „HEUSCHRECKEN“

Unter Kanzler Helmut Kohl/CDU und Finanzminister Theodor Waigel/CSU war das Unternehmens-, Boden- und Immobilienvermögen der Ex-DDR an westliche Investoren verschert worden. Mit der Agenda 2010 wurde der Ausverkauf auf das Territorium der alten BRD erweitert.

Das Duo Schröder/Fischer förderte den Einstieg der neuen, deregulierten Kapitalakteure aus den USA. Zuerst waren das die Private-Equity-Investoren wie Blackstone, KKR, Carlyle, Texas Pacific Group, Permira, Fortress, Cerberus, Apax und etwa 50 andere aus New York und Houston, oft über ihre Filialen in der City of London.

Diese aggressiven Investoren kauften reihenweise öffentliche Wohnungsgesellschaften des Bundes, der Bundesländer, der Kommunen, auch Werkwohnungen, auch staatliche Unternehmen wie Duales System (Grüner Punkt) und die Bundesdruckerei, kauften vor allem hunderte der besten, nicht an der Börse gelisteten Unternehmen wie Nixdorf, Telenorma, Beru (Zündkerzen), Dynamit Nobel, Demag (Kräne), Gerresheimer Glas, Celanese (Chemie), ATU (Autowerkstätten), MTU (Triebwerke), Grohe (Bad-Armaturen).

Hunderte dieser Firmen wurden „restrukturiert“: Löhne wurden eingefroren, Beschäftigte wurden entlassen, Betriebsräte rausgemobbt, Abteilungen wurden verkauft oder geschlossen, Immobilien wurden verkauft und teuer zurückgeleast. Den Firmen wurden Schulden aufgebürdet, aus denen sich die Investoren Gewinne auszahlen ließen. Zunächst gab es heftige Kritik an den so genannten „Heuschrecken“-Investoren.

ANTISEMITISMUS-VORWURF: DIE KRITIK VERSTUMMT.

An diesem brutalen Vorgehen übten in den ersten Jahren auch führende Unternehmer-Postillen wie Handelsblatt, Wirtschaftswoche, FAZ und ZEIT viel Kritik. Doch dann hörte die Kritik schlagartig

auf: Als der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering die Investoren aus den USA als „Heuschrecken“ anprangerte, die über das Land herfallen, es leerfressen und dann weiterziehen – da schwenkten dieselben Medien um, angefeuert vom FDP-Vorsitzenden Westerwelle, und prangerten die Kritiker als „Antisemiten“ an: Dies war ein populistischer Kunstgriff, ein genialer PR-Schachzug. Der künstliche Antisemitismus-Vorwurf war tatsächlich mehr als verwegen konstruiert: Investoren würden „als Tiere dargestellt“ werden, „wie bei den Nazis“. Mimimi...Absurder Schwachsinn, aber dennoch extrem effektiv – die Medien kauften diesen lächerlichen Bullshit und fortan galt man als rechtsradikal, wenn man kritisierte dass skrupellose Spekulanten das Fundament der deutschen Wirtschaft vernichteten. Müntefering und seine SPD verstummten. Seitdem und bis heute konnten und können Blackstone & Co in aller massenmedialen Vertuschung ihr Zerstörungswerk verrichten: Die Kritik war verstummt – und unter Merkel ab 2005 griffen die „Heuschrecken“ erst richtig zu.

„How Merkel and Blackstone changing german capitalism“ titelten ausländische Medien. Merkel ging gleich zu Beginn gezielt auf die „Heuschrecken“ zu. Nur ein Beispiel: 2006 holten Merkel und ihr SPD-Finanzminister Peer Steinbrück den größten Private-Equity-Investor, Blackstone, als neuen Großaktionär in die Deutsche Telekom AG. Blackstone-Chef Stephen Schwarzman gehörte zu denen, die sich durch die „Heuschrecken“-Kritik zutiefst beleidigt fühlten. Er sollte beruhigt werden und wurde anderen Investoren vorgezogen. Er

sollte mit seinen aggressiven Methoden das privatisierte ehemalige Staatsunternehmen weltmarktfähig machen.

Blackstone kaufte zur Schonung der SPD und der in der Telekom stark vertretenen Gewerkschaft verdi gegen die sonst üblichen Praktiken nur 4,5 Prozent der Aktien. Aber die Merkel-Regierung als Vertreter des Hauptaktionärs Staat unterstützte Blackstone unter der Hand. Blackstone hatte zudem die Aktien mithilfe von Krediten der Deutschen Bank gekauft – die Bundesregierung übernahm aus der Telekom-Kasse jährlich die Zinszahlung von 138 Millionen. Bundestag und Öffentlichkeit erfuhren nichts. Gegen den hilflosen Protest von verdi zog Blackstone die Entlassung des bisherigen Vorstands durch, 50.000 Beschäftigte wurden mit Lohnsenkung und Arbeitszeiterhöhung um vier Stunden pro Woche in die neue Tochterfirma T-Service ausgegliedert – Protest und Streik von verdi hatten gegen die Blackstone-Merkel-Steinbrück-Verschwörung keine Chance.

Ähnlich ging die Regierung in den anderen privatisierten Unternehmen vor, in denen der Staat noch wichtige Aktien hält, wie Deutsche Post DHL: Ausdrücklich überlässt die Regierung den weiteren Aktionären wie BlackRock & Co die Regie. Die Investoren hatten bei der Telekom freie Bahn, mit Abwesenheit der Politik und der Leitmedien. Die Financial Times, die als Einzige die Hintergründe schilderte, bilanzierte nach zwei Jahren:

„PRIVATE EQUITY: WIE MERKEL UND BLACKSTONE DEN DEUTSCHEN KAPITALISMUS VERÄNDERTEN.“

Merkel sprach öffentlich nicht darüber, auch nicht in der Folgezeit. Umso mehr konnten die „Heuschrecken“ zugreifen. Bis 2020 wurden in Deutschland etwa 10.000 lukrative Mittelstands-Unternehmen auf-

gekauft, „restrukturiert“, verwertet. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden abgebaut, teilweise ersetzt durch prekäre Arbeitsverhältnisse. Das betraf zuletzt etwa den bekannten Küchengerätehersteller WMF und die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

Private-Equity-Investoren kaufen Reha-Kliniken, Altenheime, Labore. Ein besonders beliebtes Feld war und ist der Gesundheits- und Pflegebereich. Die Privatisierung großer Krankenhäuser und die Bildung privater Ketten wie Helios wurde unter Merkel beschleunigt. Seit 2019 folgten die Bundesregierung und besonders die NRW-Regierung mit Parteifreund Armin Laschet brav dem Plan der Bertelsmann-Stiftung zur Schließung weiterer Krankenhäuser – mitten in der Pandemie wurde die systematische Demontage des Gesundheitswesens vorangepeitscht.

Kaum bekannt ist das entfesselte Treiben der „Heuschrecken“ unter den Merkel-Regierungen im Gesundheits- und Pflegebereich unterhalb der großen Krankenhäuser: Der Investor Waterland kaufte seit 2011 mehrere Dutzend Reha-Kliniken und betreibt die jetzt größte derartige Klinikette in Deutschland unter dem Namen Median Nordic. Oaktree, Quadriga Capital und EQT kauften Pflegeheime, Korian betreibt in Europa 850 Pflegeheime, in Deutschland inzwischen über 200 Einrichtungen der stationären Pflege. Orpea kaufte von Trägern wie Celenus, Inoges, Klinik an der Salza, Parkklinik Bad Bergzabern und Residenz über 150 Einrichtungen, darunter Pflegeheime, Rehakliniken, psychiatrische Einrichtungen. Ardian, KKR, EQT und Nordic kauften und kaufen reihenweise Laborketten auf, beschleunigt durch die Corona-Politik. „Diagnose: lukrativ“, so fasste die FAZ zusammen.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitsstress, Unterversorgung der

Patienten, Beratung durch McKinsey und Union-Busting-Kanzleien, das gehört in diesem Milieu zum Standard. Alle von Merkel geführten Regierungen mit ihren Gesundheitsministerinnen und -ministern Ulla Schmidt (SPD), Philipp Rösler und Daniel Bahr (beide FDP), Hermann Gröhe und „Pharma-Jens“ Spahn (beide CDU) sowie mit ihren Arbeitsministerinnen und -ministern Franz Müntefering und Olaf Scholz (beide SPD), Franz-Josef Jung und Ursula von der Leyen (beide CDU) und wieder von der SPD Andrea Nahles und Hubertus Heil – sie alle vollzogen das mit. Und alle diese angeblichen Freunde der Gesundheit und gerechter Arbeitsverhältnisse schweigen dazu bis heute, gedeckt von Merkel.

NACH DER FINANZKRISE DIE GANZ GROSSEN: BLACKROCK & CO.

Die „Heuschrecken“ litten in der Finanzkrise ab 2007 an ihren bizarr hohen Schulden, ebenso die meisten deutschen Unternehmen: Das war der Einstieg für die erste Liga der neuen, unregulierten Investoren: BlackRock, Vanguard, State Street, Capital, Norges & Co. Sie kauften sich nach den „Heuschrecken“ auch in die großen Aktiengesellschaften ein, sind jeweils zu mehreren in allen 30 DAX-Konzernen und in einigen hundert weiteren Großunternehmen präsent. Sie arrangieren aktuell z.B. die Zerschlagung von ThyssenKrupp und die Fusion von Bayer und Monsanto mit dem Abbau vieler tausend Arbeitsplätze. Diese Kapitalorganisationsatoren sind beispielsweise auch gleichzeitig Aktionäre in den fünf größten Wohnungskonzernen in Deutschland: Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG, TAG und Grand City Properties.

BlackRock-Vertreter trafen außerhalb der Öffentlichkeit die Finanzminister Schäuble und Scholz, den Außenminister Gabriel, zwischen-

begleitet vom obersten Black-Rock-Lobbyisten in Deutschland, Friedrich Merz. Nach dem Mittelstand wurde auch die Top-Liga der Unternehmen in Deutschland umgekrempelt – die Komplizin Merkel schweigt wieder. Mittlerweile gehören weit mehr als 70 Prozent der Aktien aller Dax-Unternehmen ausländischen Investoren: der Kern der börsennotierten deutschen Wirtschaft ist ausverkauft.

„Arbeitnehmer sind zu fremdbestimmter Arbeit verpflichtet“

Zugunsten dieser neuen Eigentümer verschärfen und erweitern die Merkel-Regierungen die vier Hartz-Gesetze gleichzeitig. Um ihre Haltung zu verdeutlichen, beschloss die Merkel-geführte Mehrheit 2017 im Bundestag die rechtliche Neufassung des Arbeitsvertrags:

„Durch den Arbeitsvertrag wird der Arbeitnehmer im Dienste eines anderen zur Leistung weisungsgebundener, fremdbestimmter Arbeit in persönlicher Abhängigkeit verpflichtet. Das Weisungsrecht kann Inhalt, Durchführung, Zeit und Ort der Tätigkeit betreffen.“

So steht es nun im Bürgerlichen Gesetzbuch BGB § 611a Arbeitsvertrag. Fremdbestimmt, in persönlicher Abhängigkeit: Das ist die Klassenmäßig bestimmte, untergeordnete Stellung des abhängig Beschäftigten, also der großen Mehrheit der Bevölkerung. Darüber nuschte sich die Kanzlerin mit Floskeln wie „Uns allen geht es gut“ hinweg, beklatscht von den – gleichfalls von US-Investoren kontrollierten – Konzernmedien und treudoof hingenommen vom bewussten deutschen Michel. Und so sehen auch die Gesetze und Praktiken aus, die für die Arbeitsverhältnisse im Merkel-Land gelten.

„Menschenrechte sind linke Ideologie“

Das gilt etwa für das aktuelle Liefer-

ketten-Gesetz: Nach Vorgaben der UNO sollen Unternehmen für Menschenrechtsverstöße entlang ihrer gesamten Produktions- und Dienstleistungskette haften. Das betrifft vor allem die allerschlimmsten Verstöße wie Kinder-, Sklaven- und Zwangsarbeit, vorenthaltene Löhne, tödliche Arbeitsunfälle, verhinderte Mindestlöhne und Kollektivverhandlungen und auch den Entzug von Land, Wäldern und Gewässern.

Aber das sei „linke Ideologie“, so Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU Wirtschaftsrats im Unternehmer-Blättchen FAZ. Ergebnis: Das Lieferketten-Gesetz tritt erst ab 1.1.2023 in Kraft – Zeit genug, um neue Strategien vorzubereiten wie durch kreative Firmenkonstruktionen die Regelungen umgangen und wirkungslos gemacht werden können.

Es betrifft nur Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten, das sind nur 600 Unternehmen; ab 2024 betrifft es dann Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten, das sind dann insgesamt 2.700 Unternehmen, also eine kleine Minderheit.

Die genannten Unternehmen sind nur für das erste unmittelbar beauftragte Glied der Lieferkette verantwortlich. Für alle weiteren Unternehmen in der Lieferkette bis in den Kongo, Bangladesh oder Pakistan sind deutsche Unternehmen bei Unkenntnis oder Einflusslosigkeit von der Verantwortung ausgenommen. Dies ist jetzt bereits die Einladung zur Zwischenschaltung von Servicedienstleistern, deren einzige Funktion es ist, die Lieferketten haftungsmäßig zu entkoppeln.

Nicht ausdrücklich ausgenommen, aber in der Diskussion völlig abwesend sind die Lieferketten mit EU-Staaten wie Polen und Litauen und mit EU-assoziierten Staaten wie Nordmazedonien, das seit Jahren in aller politisch-medialen

Stille zum „Bangladesh Europas“ ausgebaut wird.

Der Begriff „Lieferketten“-Gesetz ist somit weitgehend eine Täuschung, blendet die Lieferketten in der EU sowieso aus und gibt globalem Arbeits-Unrecht ein pseudo-rechtliches Gesicht.

Die Fachminister Heil (Arbeit) und Müller (Entwicklung) in einer Merkel-Regierung haben, wenn es drauf ankommt, nichts zu sagen: Entscheidend ist der CDU-Wirtschaftsrat mit Vizepräsident Friedrich Merz.

GESPALTENES DEUTSCHLAND

Die Merkel-Regierungen trugen dazu bei, dass abhängig Beschäftigte in der angeschlossenen, aufgekauften Ex-DDR bis heute einen niedrigeren Status beibehalten. Und ebenso wurden auch in der alten Bundesrepublik die rechtlichen, sozialen und finanziellen Klassenunterschiede vertieft.

Laut Einigungsvertrag von 1990 muss die Bundesrepublik ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch beschließen. Ein solches gab es in der DDR (wie in einigen anderen westlichen Staaten), während in der BRD die Arbeitsrechte auf drei Dutzend verschiedene Gesetze verstreut sind (Betriebsräte, Mitbestimmung, Kündigung, Arbeitszeit, Hartz I – IV, Mindestlohn, Behinderung, etc.) und damit den Beschäftigten die Kenntnis und Durchsetzung ihrer Rechte erschwert wird.

Aber auch 31 Jahre nach der Vereinbarung gibt es das Arbeitsgesetzbuch immer noch nicht, genauso wie die im Grundgesetz geforderte Volksabstimmung über eine neue Verfassung. Viele vor allem junge Beschäftigte mussten auswandern – und diejenigen, die blieben, werden schlechter bezahlt, haben eine noch geringere betriebliche und gewerkschaftliche Vertretung, ergo keine Gleichheit vor dem Gesetz. Ostdeutschland wurde

unter Merkel, die aus der DDR kam, weiter als innerdeutsche, modernisierte Kolonie gestaltet. So liegt der durchschnittliche Stundenlohn in Ostdeutschland um 6 Euro niedriger als in Westdeutschland, so der „Einheitsbericht 2021“ der Bundesregierung. Das ist aber keine ostdeutsche Besonderheit. Auch in Westdeutschland wurde unter Merkel die Mehrheit der Beschäftigten rechtlich und finanziell herabgestuft. Wir skizzieren der Kürze halber eine Auswahl von Gesetzen, vor allem aus den letzten Jahren.

Gesundheitsbereich: Abbau von Arbeitsplätzen mit Unterbezahlung

Die Corona-Politik hat die katastrophale, gesundheitsfeindliche Situation im Gesundheits- und Pflegebereich offenbart. In der Ära Merkel wurden die Privatisierungen nicht nur bei Autobahnen und beim bisher öffentlichen, auch kommunalen Verkehr (Personen-Beförderungsgesetz 2011, aufgrund von EU-Verordnungen) vorangetrieben, sondern, wie bereits geschildert, auch bei Krankenhäusern, Pflegeheimen, Reha-Kliniken, Laboren und sonstigen medizinischen Dienstleistungen. Gesundheitsminister und Pharmediklobbyst Jens Spahn war hier besonders eifrig. Immerhin ist er Bankkaufmann – er erkennt eine Geldmaschine, wenn er eine zu Gesicht bekommt.

Damit wurden Löhne vielfach abgesenkt: durch Auslagerung von möglichst vielen medizinischen Diensten an private Subunternehmer, so für innerhäusige Transporte, Essensbereitung, Reinigung, Dokumentation, Wäsche, Technik, Ver- und Entsorgung. Besonders „vorbildlich“ ist hier das regierungsnahes Großklinikum Charité. Dies wurde unterstützt durch zunehmende Anwerbung von Migrantinnen und Migranten. Gleichzeitig wurden Personalstellen abgebaut. Durch Arbeitsstress werden gerade im Gesundheitsbereich die Beschäftigten – und auch

die Patienten (jährlich hunderttausende Infektionen durch Hygienemängel, darunter 40.000 tödliche Lungenentzündungen) gesundheitlich gefährdet.

KEINE GLEICHBEHANDLUNG FÜR LEIHARBEIT

Die EU-Richtlinie 104 aus dem Jahr 2008 fordert die gleiche Bezahlung von Leiharbeiterinnen und -arbeitern und der Stammbeschäftigten (Equal Pay). Die Merkel-Mehrheit bastelte aber im Arbeitnehmer-Überlassungs-Gesetz (AÜG) ein Schlupfloch: Durch Tarifvertrag kann vom Equal Pay abgewichen werden. Unternehmer und vor allem „christliche“ Gewerkschaften nutzen das freudig aus, unkommentiert von der unbarmherzigen „Christin“ Merkel. Und weil die Leiharbeiterinnen und -arbeiter nicht im Unternehmen, sondern bei der Leiharbeitsfirma angestellt sind, sind sie auch nicht wahlberechtigt und wählbar für einen Betriebsrat.

MINDESTLOHN: ZU SPÄT, ZU NIEDRIG, OFT NICHT BEZAHLT

Unter dem Druck der Unternehmer-Lobby verzögerten die Merkel-Regierungen den gesetzlichen Mindestlohn so lange wie möglich. Er gilt seit 2015, so spät wie in keinem der wichtigeren EU-Staaten. Er wird zwar von Linken und Gewerkschaften, die ihn lange gefordert hatten, als Erfolg gewürdigt. Aber er trägt trotzdem zur Verarmung bei. Erstens wegen der Verzögerung, zweitens wegen der geringen Höhe: Im Verhältnis zur Kaufkraft ist der Mindestlohn im „reichen“ Deutschland einer der niedrigsten in der EU und selbst bei Vollzeitbeschäftigung im ganzen Arbeitsleben führt er unweigerlich in die Rentenarmut. Zum Dritten wird der Mindestlohn täglich hunderttausendfach gar nicht bezahlt bzw. unterlaufen (z.B. durch Stücklohn, etwa bei der Reinigung von Hotelzimmern), auch weil die für die Kontrolle zuständige Zollbehörde personell absichtlich

nicht ausreichend ausgestattet wird, bis heute.

EINE MILLIARDE ÜBERSTUNDEN JÄHRLICH: NICHT BEZAHLT

2019 urteilte der Europäische Gerichtshof zugunsten der Klage einer spanischen Gewerkschaft: Alle Arbeitsstunden müssen rechtsgültig erfasst werden. Die Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Altmaier/CDU und Arbeitsminister Heil/SPD wollen die Ausführung in Deutschland verhindern. So lässt die Regierung auch unkommentiert und ohne gesetzliche Regelung zu, dass sogar eine Milliarde Überstunden pro Jahr nicht bezahlt werden. Mit Digitalisierung (Internet, smart-phone) und home office steigern die Unternehmensführungen die ständige Erreichbarkeit auch außerhalb der regulären Arbeitszeit. Und beschleunigt durch die Corona-Politik nimmt die Zahl der zusätzlichen, nicht erfassten und nicht bezahlten Überstunden noch zu.

HARTZ IV/ ARBEITSLOSENGELD II: HÄRTERE SANKTIONEN, STAATLICHER MISSBRAUCH

Die Merkel-Regierungen verschärften die Praktiken von Hartz IV zulasten der Arbeitslosen und zugunsten der Unternehmer. Ab 2006 (Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende) verschärfte die Regierung die private Ausforschung der Arbeitslosen, etwa durch unangemeldete Hausbesuche. Die Leistungskürzung wurde verschärft, etwa bei (angeblicher) Verletzung von Meldepflichten, Nichtannahme einer weit entfernten und/oder schlecht bezahlten Arbeit. Die gestufte Kürzung des Arbeitslosengeldes kann 30, 60 und auch 100 Prozent betragen. 2019 urteilte das Bundesverfassungsgericht abmildernd: Sanktionen von 60 und 100 Prozent sind verfassungswidrig, aber bis 30 Prozent: Das ist verhältnismäßig.

Aber auch das ist noch ein Bruch der Menschenrechte: Das Existenzminimum wird nicht gewährleistet oder sogar ganz entzogen.

Diese Disziplinierung hat ein enormes Ausmaß erreicht. Gerade im Pandemiejahr waren 1.198.169 Arbeitslose von solchen Sanktionen betroffen. Dass die Jobcenter zudem vielfach rechtswidrig handeln, wird aus dieser Zahl deutlich: 2020 klagten 544.270 Arbeitslose gegen Jobcenter-Bescheide, bei 190.000 gaben die Sozialgerichte den Klägern recht.

SYSTEMBRUCH: ARBEITSLOSENGELD

Der Begriff Arbeitslosengeld ist irreführend, denn es soll die Grundsicherung „für Arbeitssuchende“ regeln. Aber etwa im März 2020 erhielten 6,4 Millionen Menschen Leistungen nach ALG II, obwohl es laut offizieller Statistik nur 2,34 Millionen Arbeitslose gab. Auch Arbeitslose, die Arbeitslosengeld I bekommen (sie hatten direkt davor noch Arbeit), bekommen ALG II, wenn ihr vorheriges Arbeitseinkommen und deshalb auch ihr ALG I zu niedrig ist.

Vor allem zeigt sich die Systemwidrigkeit darin, dass auch Arbeitende mit einem vollen Arbeitsplatz Geld nach ALG II bekommen können: Das sind die „Aufstocker“, deren Arbeitseinkommen zu gering ist. Die Zahl der Aufstocker schwankt seit 2005 um eine Million jährlich, und wurde logischerweise durch den niedrigen Mindestlohn kaum verringert. Auch die Voraussetzungen für die Annahme einer neuen Arbeit wurden verschärft. So wurden die Jobcenter die Hauptlieferanten für Leiharbeits-Agenturen. Auch insofern erweist sich ALG II wie bei den „Aufstockern“ letztlich als Subvention für die privaten Unternehmen.

FÄLSCHUNG DER ARBEITSLOSEN-STATISTIK

Unter Merkel wurden die Fälschun-

gen der Arbeitslosen-Statistik weiter ausgebaut. Im engen rechtlichen Sinne sind es keine Fälschungen, denn wie das Arbeits-Unrecht insgesamt sind sie durch kreatives Gesetzes-Design verrechtlicht. Aber sie tragen zur Täuschung der Öffentlichkeit bei und stellen politisch eine bewusste Irreführung dar. So werden u.a. NICHT als „arbeitslos“ gezählt: kranke und sanktionierte Arbeitslose; Ein-Euro-Jobs; ALG II-Bezieher, wenn sie über 58 Jahre alt sind; bei Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Eingliederung. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Wirklichkeit wohl fast doppelt so hoch wie offiziell behauptet. Es kommt hinzu: Schon ab einer (!) regelmäßigen und bezahlten Arbeitsstunde pro Woche gilt man nicht als arbeitslos.

TARIFEINHEITS-GESETZ MIT SINKENDER TARIFBINDUNG

Wegen zunehmender Streiks kleinerer und kampffreudiger Gewerkschaften wie der Gewerkschaft der Lokomotivführer GdL und der Pilotenvereinigung Cockpit beschloss die Regierungsmehrheit 2015 das Tarifeinheits-Gesetz: In einem Unternehmen wie der Deutschen Bahn soll nur noch der Tarifvertrag gelten, der von der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern abgeschlossen wurde. Insgesamt trug die Bundesregierung dazu bei, dass die Tarifbindung weiter abnahm.

WHISTLEBLOWER: KEINE MEINUNGSFREIHEIT IM BETRIEB

2014 hat Deutschland die „UNO-Konvention zur Bekämpfung der Korruption“ ratifiziert, darin ist enthalten der gesetzliche Schutz von betrieblichen Hinweisgebern, also Whistleblowern, die Gesetzesverstöße melden (wollen). Die EU-Whistleblower-Richtlinie von 2019 fordert ebenfalls eine gesetzliche Regelung. CDU/CSU und die Unternehmer-Lobby haben das bisher verhindert, sie wollen den Schutz bestenfalls auf Verletzungen

von EU-Recht beschränken, die Verletzung deutscher Gesetze aber ausklammern. Argumentative Hilfe holte sich die Regierung bei Prof. Rieble vom privaten Zentrum für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen (ZAAR, von den bayerischen Metall-Arbeitgebern finanziert) und vom führenden katholischen Arbeitsrechtler, Prof. Gregor Thüsing, Leiter der eigenständigen Arbeitsrechtsbarkeit der beiden (un)christlichen Großkirchen. Nur um es nochmals klar zu stellen: Deutschland möchte verhindern, dass Personen, die Gesetzesverstöße in Unternehmen melden, rechtlich geschützt werden. Wie nötig ein solches Gesetz wäre, zeigten zuletzt die unternehmerischen Gesetzesbrüche beim Abgas-Betrug der Autokonzerne, beim Cum-Ex-Betrug von Banken und Kanzleien, oder beim Finanzdienstleister Wirecard.

2021: NIEDRIGSTER WERT FÜR MEINUNGSFREIHEIT IN DEUTSCHLAND

Wenn inzwischen mehr als zwei Drittel der befragten Deutschen sagen: „Mit meiner Meinung halte ich mich öffentlich lieber zurück“ – für die Betriebe gilt dies zu 100 Prozent (der Vorstandsvorsitzende ausgenommen), so stellt dies einer „Demokratie“ ein vernichtendes Zeugnis aus. Im letzten Merkel-Jahr 2021 bestand der bisher niedrigste jemals in der Bundesrepublik ermittelte Wert an möglicher Meinungsfreiheit.

US-IMPORT: UNION BUSTING

Mit Blackstone, BlackRock & Co kamen auch die Vertreter der in den USA seit über hundert Jahren entwickelten Dienstleistungsbranche der so genannten „Union Buster“: Hochprofessionell, mit Nutzung rechtlicher und psychologischer Methoden, werden Belegschaften eingeschüchtert, Betriebsräte bedrängt und in zum Teil jahrelangen Verfahren hinausgeklagt. Zur Branche gehören Anwälte,

Detekteien und Spezialisten für Human Resources. Motto: „Der beste Betriebsrat ist der, der niemals gewählt wird.“ Der Job eines Union Busters ist es, durch gezielte Manipulation, Einschüchterung, Sanktionierung und Korruption zu verhindern, dass sich innerhalb der Belegschaften von vorzugsweise großen Unternehmen Arbeitnehmer organisieren oder auch nur solidarisieren. Die gezielte Spaltung von Belegschaften durch die Einführung von Gendersprache, Rassismus- bzw. Antirassismus-Spielchen und provokativen Lifestyle-Ideologien gehört zur selbstverständlichen Klaviatur der Psychoprofis, aber auch die gezielte Zuspelung von Protituierten samt fotografischer Dokumentation im Erfolgsfall gehört zu den Methoden. An die entsprechenden Affären bei VW & Co. sei erinnert.

Hogan Lovells, Allen&Overy, DLA Piper, Littler, Freshfields heißen solche Kanzleien, die in Deutschland Filialen mit großen Abteilungen für Arbeitsrecht eröffnet haben. Sie geben das Vorbild für inzwischen dutzende deutsche Nachahmer, deren bekanntere sind etwa CMS Hasche Sigle, Buse Heberer Fromm und Kliemt&Vollstädt. Sie sind allgemein in den Medien nicht präsent.

ARBEITS-GESETZE WÄHREND DER CORONA-POLITIK

Die Unternehmen, die nicht direkten Publikumsverkehr haben, also etwa 95 Prozent, wurden vom Infektionsschutz-Gesetz ausgenommen. Die Pandemiemaßnahmen wurden untergesetztlich und verspätet erst im August 2020 durch eine Arbeitsschutz-Verordnung des Arbeitsministeriums geregelt. Bei Verstößen gegen Schutzpflichten gibt es so gut wie keine Sanktionen, vor allem nicht, wenn es sich um US-Technologiegiganten handelt. Wenn Amazon seinen Beschäftigten das Tragen einer FFP2-Maßnahme verbot (weil das die Arbeit beeinträchtigt), dann wurde das nicht sanktioniert. Als der bekennende Corona-Maßnahmen-Gegner Elon Musk zugeschleimt werden musste, ließ sogar „Pharma-Jens“ Spahn höchstpersönlich alle Abstandsvorsicht fahren und begab sich todesmutig auf Tuchfühlung in einer ausgelassenen Investment-Party mit dem damals gerade reichsten Menschen des Planeten.

BETRIEBSRÄTE-MODERNISIERUNGS-GESETZ: KEINE STÄRKUNG
SPD-Arbeitsminister Heil hatte ein Betriebsräte-Stärkungs-Gesetz vorgeschlagen. Daraus wurde im März 2021 auf Druck von CDU/CSU und der Unternehmer-Lobby das Betriebsräte-Modernisierungs-Gesetz. Der Arbeitgeber ist nun allein verantwortlich für den Datenschutz. Der Betriebsrat wird entmachtet. Betriebsräte-Sitzungen dürfen nun als Video- oder Telefonkonferenz abgehalten werden. Die besonders durch Kündigung gefährdeten Initiatoren einer Betriebsratswahl sind jetzt besser geschützt, müssen aber die dafür nötige notarielle Bestätigung aus eigener Tasche bezahlen. Die Forderung, Verletzungen des Betriebsverfassungs-Gesetzes durch den Arbeitgeber als Officialdelikt einzustufen (Staatsanwalt wird auch ohne Strafanzeige aktiv) wurde nicht aufgenommen, auch nicht die Bildung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften. So bleibt die Straftat der Behinderung des Betriebsrats (§119 Betriebsverfassungs-Gesetz) weiter an der Spitze der justiziell nicht verfolgten Straftaten – knapp hinter dem sexuellen Missbrauch durch Funktionäre der christlichen Kirchen.

FLEISCHZERLEGER: ARBEITSSCHUTZ-KONTROLL-GESETZ ÄNDERT WENIG

Durch extreme Werkvertragsarbeit, mit der migrantische Arbeiter aus verarmten EU-Staaten ausgebeutet wurden, wurde Deutschland unter Merkel zum „Schweineestall Europas“, wie selbst die Unternehmer-Postille Handelsblatt im Corona-Sommer 2020 schrieb. Wegen der plötzlichen massenhaften Corona-Infektion in den großen Schlachthöfen der Konzerne Tönnies, Westfleisch, Vion und Danish Crown im Jahr 2020 wurde die schon jahrzehntelang bekannte, geförderte, geduldete Ausbeutung von migrantischen Fleischzerlegern zum Skandal, aber nur kurzzeitig. Deshalb gilt seit Anfang 2021 das Arbeitsschutz-Kontroll-Gesetz: Die bisher übliche Werkvertrags- und Leiharbeit ist verboten. Aber als Beschäftigte werden weiter Migranten gesucht, die wie bisher mehrheitlich befristet tätig sein werden, zwischen einem halben Jahr und drei Jahren. Sie sind jetzt bei Tönnies & Co direkt angestellt, werden aber von den bisherigen Subunternehmern vermittelt. Auch bei Übernahme bisheriger Fleischzerleger gilt im neuen Arbeitsvertrag erstmal eine halbjährige Probezeit. Und es bleibt die doppelte Abhängigkeit, weil Tönnies auch die Unterbringung organisiert, nun eben auch hier direkt. Und die Regelung gilt nicht für die nach der Fleischzerlegung folgende Fleischverarbeitungs-Industrie – womit wieder ein Hintertürchen geöffnet wurde.

SAISONARBEIT: SPARGELSTECHER UNVERSICHERT IM ARBEITSLAGER
Als Teil der Corona-Politik hat die Merkel-Regierung im März 2021 die Saisonarbeit für das Spargelstechen und Erdbeerpflücken neu geregelt: Die Saisonarbeiterinnen und -arbeiter aus Rumänien, Georgien usw. dürfen nun im Corona-Jahr statt bisher an 70 nun an bis zu 102 Arbeitstagen beschäftigt werden, das sind bis vier Monate Aufenthalt. Der Plantagenbesitzer braucht seinen Saisonkräften keine Sozialversicherung bezahlen, zum Beispiel keine Beiträge zur Krankenversicherung. Sie dürfen auch

aus Hochinzidenz-Staaten einreisen, dürfen mit bis zu 8 Personen in einem Zimmer eingepfercht werden und dürfen ihr Arbeits-Lager nur zum Arbeiten verlassen, aber sonst nicht. Danach dürfen sie ausgelagert in ihre von der EU verarmten Staaten zurückfahren, aus deren abgewirtschafteten Gesundheitssystemen die Bundesregierung die letzten verzweifelten Ärzte und Krankenpfleger als Billigkräfte in deutsche Krankenhäuser auch im Corona-Jahr abgeworben hat und weiter abwirbt. Das ist die Merkelsche „europäische (Arbeits-) Solidarität“.

CORONA-POLITIK: WORKING POOR = WORKING SICK
Bei den mit 16-Stunden-Schichten, unbezahlten Überstunden ausgebeuteten und in unhygienischen Massenunterkünften untergebrachten Fleischzerlegern, die bei Tönnies & Co arbeiteten, zeigte sich im Corona-Jahr 2020, wie Arbeitsstress und enge Wohnsituation mit Infektionsanfälligkeit ursächlich zusammenhängen. Studien über die mit Vorerkrankungen verbundene, erhöhte Anfälligkeit bei Arbeitslosen und eng untergebrachten Migranten und Sozialhilfeempfängern weisen in dieselbe Richtung. Unter den Merkel-Arbeitsministerinnen und -Ministern Olaf Scholz und Ursula von der Leyen wurde die Aufsicht über die Berufsgenossenschaften abgebaut: Beruflich bedingte Krankheiten werden noch weniger als zuvor als solche diagnostiziert, sondern werden der Allgemeinmedizin und den allgemeinen Krankenkassen zugeschoben. In allen Bundesländern wurde die Gewerbeaufsicht – zuständig für Arbeitsschutz – abgebaut. Im letzten Jahrzehnt nahmen arbeitsbedingte psychische Erkrankungen besonders zu. Hier besteht ein Dunkelfeld, an dessen Aufklärung die Bundesregierung und keine(r) ihrer Gesundheitsministerinnen und -Minister Interesse hatte und

hat, im Gegenteil: zudecken, totschweigen, tabuisieren.

BILANZ ZIEHEN UNERWÜNSCHT

Sollten in 30 oder 50 Jahren Historiker die Amtszeit von Bundeskanzlerin Merkel analysieren und beurteilen, dürften vier Jahreszahlen im Mittelpunkt stehen: 2011 als Beginn des überhasteten und milliardenteuren Atomausstiegs, 2015 als Jahr der Aufgabe der Kontrolle über die Landesgrenzen, 2019 als Beginn der endgültigen Zerstörung der energetischen und industriellen Basis des Landes unter der Fahne der „Klimaretung“ und 2021 als Jahr der Demontage bürgerlicher Grundrechte unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung.

Vornehmlich aus wahltaktischen Gründen entschied Bundeskanzlerin Merkel 2011 im Gefolge eines durch einen Tsunami ausgelösten AKW-Unfalls im fernen Japan unvermittelt, den mühsam ausgehandelten Atomkompromiss aufzukündigen und die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland damit zu beenden. Dass die Tsunami- und Erdbebengefahr hierzulande eher überschaubar ist und die meisten Länder gar nicht daran denken, den Ausbau der Kernenergie zu stoppen, spielte dabei ebenso wie wirtschaftliche Überlegungen keine Rolle. Schließlich gab es ja den Verbraucher, den man per EEG zur Zahlung der Zeche verpflichten konnte.

Die Kosten für diese überhastete und rechtlich fragwürdige Entscheidung gehen in die Multimilliarden, werden aber vorsichtshalber nicht öffentlich kommuniziert. Wenn man jedoch weiß, dass die (vorläufig) geschätzten Kosten für den Rückbau des vergleichsweise kleinen AKW Greifswald bei 6,5 Milliarden Euro liegen, erkennt man die Dimension. Es müssen insgesamt noch 35 AKWs rückgebaut werden - vor-sichtlich geschätzt wird das zwischen

350 - 1.000 Milliarden Euro kosten. Was glauben Sie, wer das bezahlen wird? Erst im Juni 2021 erhielten die Energiekonzerne 2,43 Milliarden Euro als Entschädigungszahlung für den vorzeitigen Atomausstieg vertraglich zugesichert.

Der Preis für eine Kilowattstunde Elektroenergie stieg während der Kanzlerschaft Merkels von 18,66 Cent auf 31,89 Cent (2021), also um fast 71 Prozent, was natürlich auch eine Folge der „Energiewende“ ist, in deren Folge sich die EEG-Umlage von 0,69 Cent auf 6,5 Cent (2021) fast verzehnfacht hat. Ein durchschnittlicher Dreipersonenhaushalt zahlt somit knapp 250 Euro im Jahr allein für diesen vernunftwidrigen Aktionismus der Bundesrepublik, der zudem die Stabilität der Energieversorgung des Landes nachhaltig gefährdet. Aber Deutschland ist „eines der reichsten Länder der Welt“ und „kann sich das leisten“ - ist das so?

Wie weit es mit diesem vorgeblichen Reichtum der Deutschen tatsächlich her ist, offenbart eine Statistik des Haushaltvermögens. Die »Welt« schreibt hierzu: „Ganz anders sieht es jedoch beim Medianvermögen aus. Da liegen die Bundesbürger mit ihren 70.800 Euro abgeschlagen hinten. In Italien liegt das Medianvermögen bei 126.000 Euro, in Österreich bei 83.000 und in den USA bei 88.000 Euro.“ Noch dramatischer ist die Situation beim Geldvermögen der Bundesbürger, das 2018 im Median bei nur 16.801 Euro pro Kopf lag, deutlich hinter den angeblich „armen“ Südländern, die über die EU und die EZB mit Milliardensummen subventioniert werden.

SCHLEICHENDE ENTEIGNUNG DER SPARER

Auch die schleichende Enteignung der deutschen Sparer durch die verheerende Nullzinspolitik der EZB wird von der Regierung Merkel bereitwillig mitgetragen, wie überhaupt jede Maßnahme zugunsten

Dritter auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Nutznießer sind im Grunde längst zahlungsunfähige Südstaaten der EU, für die die Europäische Zentralbank als Gelddruckmaschine fungiert. Bei rund 2,5 Billionen Euro, die in Deutschland auf Spargbüchern und Tagesgeldkonten liegen, und einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,5 Prozent (für 2021 werden sogar 2,4 Prozent erwartet!) beträgt der Wertverlust der Sparguthaben knapp 40 Milliarden Euro, um die der bundesdeutsche Sparer jährlich betrogen wird. Das ist mehr als ein Zehntel des gesamten Bundeshaushaltes.

Unterdessen sank das durchschnittliche Rentenniveau (vor Steuern!) im gleichen Zeitraum von 52,6 Prozent des Nettolohns auf 48,16 Prozent (2020) und zählt damit zu den niedrigsten in Europa. Dazu schreibt der Bayerische Rundfunk: „Während in der EU männliche Niedrigverdiener im Schnitt 80,7 Prozent ihres Netto-Durchschnittsverdienstes als Netto-Rente erwarten dürfen, waren es in Deutschland nur 53,4 Prozent.“ Normalverdienern geht es allerdings kaum besser, denn hier beträgt der EU-Durchschnitt 70,9 Prozent gegenüber den erwähnten 48,0 Prozent in Deutschland.

Im Gegensatz zum Rentenniveau gehört die Abgabenlast für den steuerpflichtigen Bürger in Deutschland zu den höchsten weltweit. 2018 betrug der Abgabenanteil (Einkommenssteuer plus Sozialabgaben) auf das Bruttoeinkommen in Deutschland 39,7 Prozent (ohne Arbeitgeberanteil). In den USA beträgt dieser Anteil 23,8 Prozent und in der Schweiz gar nur 17,4 Prozent. Selbst der Wohlfahrtsstaat Schweden bittet seine Arbeitnehmer nur mit 25,2 Prozent zur Kasse. Insbesondere der weltweit mit Abstand höchste Anteil von Sozialabgaben (20,6 Prozent des Bruttoeinkommens) wirft angesichts des niedrigen Rentenniveaus die Frage

auf, wo dieses Geld landet.

DÜSTERE AUSSICHTEN

Um die Situation noch einmal zusammenzufassen: Die Bundesrepublik Deutschland ist heute der Staat mit einem der geringsten privaten Haushaltsvermögen aller Euro-Länder, mit einer der höchsten Abgabenquoten der Welt und einem der geringsten Rentenansprüche EU-weit. Selbst EU-Entwicklungsländer wie Rumänien und Bulgarien sichern ihre Arbeitnehmer im Alter besser ab. In keinem Land der Erde ist Energie so teuer wie in Deutschland, gleichzeitig subventioniert Deutschland seine Energiekonzerne mit einzigartig astronomischen Summen.

Das Niveau der Reallöhne ist in der Ära Merkel massiv erodiert, die Armutsquote extrem gestiegen, die Kinderarmut explodiert.

Deutschland leistet sich das teuerste Gesundheitssystem in der EU, liegt mit der durchschnittlichen Lebenserwartung aber deutlich abgeschlagen im unteren Mittelfeld. Damit wir uns richtig verstehen: wir sind nicht gegen hohe Investitionen in Gesundheit - wir sind gegen die offensichtlich erbärmliche Performance dieses nachweislich systemisch korrupten Systems - siehe Krankenhausfinanzierungsgesetz.

Das Bildungssystem in Deutschland ist durch und durch marode und sitzt auf einem gigantischen Sanierungsstau. Nicht nur die schulische Infrastruktur ist am Ende, auch die Bildungsergebnisse lassen zu wünschen übrig. Deutschlands Schul- und Hochschulabsolventen sind im internationalen Vergleich nur bestenfalls Mittelfeld, in den wichtigsten Zukunftsbranchen weit abgeschlagen. Gleichzeitig ist in Deutschland der Bildungserfolg mehr als in jedem anderen europäischen Land vom sozialen Status der Eltern abhängig, dies zeigen unabhängige Studien von Instituten wie der Bertelsmann Stiftung. Diese

Faktoren machten Deutschland seit Beginn der Ära Merkel zu einem der sozial undurchlässigsten Länder unter allen westlichen Demokratien überhaupt.

Jenseits der vorgenannten Zahlen und Fakten gilt es jedoch noch eine weitere, nicht weniger bedrohliche Entwicklung zu beklagen, nämlich die von Merkel und ihren politischen und medialen Verbündeten verursachte und nachhaltig vorangetriebene Spaltung der Gesellschaft und die schleichende Etablierung einer Gesinnungsdiktatur.

Die Bundesrepublik dürfte inzwischen das einzige westliche Land sein, in dem fast sämtliche Leser- und Diskussionsforen der Mainstream-Medien im Sinne der Regierung zensiert werden. Sie dürfte außerhalb von Diktaturen auch das einzige Land sein, in dem der Bürger vom Staat gezwungen wird, die Regierungs-PR der öffentlich-rechtlichen Medien zu finanzieren. Mittlerweile ist ein Zustand erreicht, in dem der politisch Interessierte gezwungen ist, sich bei ausländischen Medien (z. B. der Schweiz) über die Vorgänge im eigenen Land zu informieren, da

keine unabhängige Berichterstattung außerhalb von Nischenmedien mehr existiert. Selbst die eher links zu verortende Otto-Brenner-Stiftung musste in einer Studie einräumen, dass die untersuchten Staats- und Konzernmedien „überwiegend Regierungspropaganda“ verbreiteten. In einem derartigen Umfeld ist eine sachliche Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht mehr möglich – ein Zustand, der fatal an die Verhältnisse in der verblichenen DDR erinnert, womit sich der Kreis zu Merkels Sozialisierung schließt.

Angesichts all dieser Entwicklungen kann man ohne Übertreibung postulieren, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie einen Bundeskanzler oder Politiker überhaupt gegeben hat, der dem eigenen Gemeinwesen so nachhaltigen und teilweise irreversiblen Schaden zugefügt hat wie Angela Merkel. Den Preis zahlen die Bürger und die nachfolgenden Generationen, die eine ungewisse Zukunft erwartet. Der Weg der Bundesrepublik Deutschland in eine ökosozialistische Gesinnungsdiktatur mit einer inneren Sicherheit auf dem Niveau Kolumbiens scheint vorgezeichnet.